

# Nationalsozialistische Dozenten an Schweizer Universitäten (1933-1945)

Autor(en): **Schwarz, Stephan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **68 (2018)**

Heft 3

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-816653>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Nationalsozialistische Dozenten an Schweizer Universitäten (1933–1945)

*Stephan Schwarz*

### **Nazi Professors at Swiss Universities (1933–1945)**

The brisk activity from 1933 to 1945 (on behalf of the Nazi Party's international organization) undertaken by sympathetic German professors in Switzerland met over time with increasing incomprehension and resistance. This opposition did not come primarily from university committees or from the education departments of the cantons, disturbed by this political agitation, but rather from the population at large which learned about the professors' machinations through the press. Pressure from the public led the relevant authorities to become more active. As a result, some German professors who had blatantly campaigned in Switzerland for the Nazi Party were dismissed. Those who had not engaged in political propaganda, even though members of the Nazi Party, were long spared public displeasure. And despite attempts at intimidation, the German legation in Bern was unable to persuade the Swiss authorities to rescind the dismissals they had decided upon. It was only after the war that outright purges of Nazi-minded professors in Switzerland took place. At that point it no longer mattered whether they had actively supported National Socialism or not; the mere fact that they had been members of the Nazi Party was intolerable.

Während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland waren an Schweizer Universitäten mehrere deutsche Professoren mit NSDAP-Partei-buch tätig. Die Schweizer Hochschulen stellten für einige deutsche Professoren eine Übergangslösung dar, die, in Erwartung eines baldigen Rufes nach Deutschland, gerne in Kauf genommen wurde. Durch die Mitgliedschaft in der NSDAP erhofften sich in der Schweiz tätige deutsche Dozenten, ihre akademische Karriere in Deutschland befördern zu können. Etliche von ihnen waren zudem nicht nur Mitglieder in der Partei, sie übernahmen in der NSDAP auch leitende Funktionen. Diese Aktivitäten zugunsten der NSDAP stiessen in der Schweiz, die sich als demokratisch-föderalistische Nation durch den Nationalsozialismus in Deutschland herausgefordert sah, auf Skepsis. Immer wieder kam es zu Konflikten, da man sich in der Bevölkerung Sorgen machte, dass die Schweiz bald einmal Opfer einer ausgedehnten nationalsozialistischen Propaganda werden könnte. Auf deutscher Seite reagierte man gegenüber diesen Bedenken jedoch mit echtem oder zuweilen auch gespielter Unverständnis.

Die Streitigkeiten begannen bereits kurz nach der Machtergreifung Hitlers im Jahre 1933.

Der vorliegende Artikel widmet sich der Frage, wie man sowohl in der Öffentlichkeit als auch bei den zuständigen Behörden in der Schweiz mit der Tatsache umgegangen ist, dass an Schweizer Universitäten nationalsozialistisch gesinnte deutsche Dozenten tätig waren, die sich teilweise auch nicht scheuten, öffentlich zu ihrer politischen Einstellung zu stehen. Auch soll der Frage nachgegangen werden, welche Konsequenzen diese Reaktionen allenfalls für die betroffenen Dozenten hatten und wie die deutsche Gesandtschaft in Bern auf allfällige Entscheidungen der schweizerischen Behörden hinsichtlich des Schicksals deutscher Universitätslehrer reagierte.

Als Quellenbasis des Artikels dienen im Wesentlichen Dokumente aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin sowie zeitgenössische Zeitungsartikel. Ergänzende Informationen liefern die Jubiläumsschriften einzelner Universitäten,<sup>1</sup> wobei eine gesamtschweizerische Übersicht über diese Thematik bis anhin fehlte. Einen interessanten Einblick in die Thematik, zumindest in Bezug auf das Beispiel Basels, gibt der 2009 erschienene Aufsatz von David Tréfás: *Deutsche Professoren in der Schweiz: Fallbeispiele aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert*.<sup>2</sup>

Nach der Darstellung einiger Fallbeispiele wird im zweiten Teil dieses Artikels die damalige Praxis der Schweizer Behörden im Umgang mit nationalsozialistisch gesinnten Dozenten aus Deutschland einer kritischen Analyse unterzogen. Deutsche Dozenten spielten schon seit den 1830er Jahren eine zentrale Rolle beim Aufbau des schweizerischen Hochschulwesens. Rekrutierten sie sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vornehmlich aus den damals verfolgten liberalen Intellektuellen, so änderte sich dies im Zuge eines zunehmenden Nationalbewusstseins und einer erstarkten gesellschaftlichen

---

1 Als Beispiel erwähnt seien: Rektorat der Universität Zürich (Hg.), *Die Universität Zürich 1933–1983. Festschrift zur 150-Jahr-Feier der Universität Zürich*, Zürich 1983; Regierungsrat des Kantons Bern (Hg.), *Hochschulgeschichte Berns 1528–1984. Zur 150-Jahr-Feier der Universität Bern 1984*, Bern 1984.; sowie: Ruffieux, Roland (Hg.), *Geschichte der Universität Freiburg Schweiz 1889–1989*, Bd. 1, Fribourg 1991.

2 David Tréfás, *Deutsche Professoren in der Schweiz. Fallbeispiel aus der Geschichte der Universität Basel im 19. und 20. Jahrhundert*, in: *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 109 (2009), S. 103–128.

Position des Bürgertums von 1871–1914, bei der die deutschen Dozenten selbstbewusst für ihren neugegründeten Nationalstaat eintraten und sich gegen ihre alte Heimat loyal verhielten.<sup>3</sup> Der akademische Austausch blieb weiterhin rege, doch änderte sich aufgrund der Durchdringung der deutschen Gesellschaft mit nationalsozialistischem Gedankengut seit 1933 das politische Klima zwischen der Schweiz und Deutschland. An den Schweizer Universitäten wollte man am liberalen Bildungsgeist weiterhin festhalten. Aus Angst vor einem Ausgreifen des Dritten Reiches auf die Eidgenossenschaft sowie aufgrund einer daraus resultierenden Besinnung auf eigene nationale Werte kam es in der Schweiz zu einer Abwehrreaktion,<sup>4</sup> Stichwort «geistige Landesverteidigung», die zunehmend Auswirkungen auf das Ansehen von deutschen Dozenten hatte, die nicht mehr bloss als Wissenschaftler, sondern nunmehr auch als politische Akteure (5. Kolonne) betrachtet wurden.

Der Deutsche Willy Freytag war seit 1910 Professor für Philosophie und Pädagogik an der Universität Zürich. 1932 trat er der NSDAP bei und übernahm im Frühjahr das Amt des Kreisleiters Mittelschweiz. Auf diese Tätigkeit wurde die linke Presse bald aufmerksam. Die Zeitung *Volksrecht* berichtete kritisch über Freytags Engagement zugunsten der NSDAP. Auch andere Zeitungen informierten in der Folge die Öffentlichkeit über die Aktivitäten des deutschen Dozenten. Willy Freytag, der sich einer zunehmenden Kritik wegen seiner Nebentätigkeit ausgesetzt sah, schrieb am 24. Juli 1933 an Gesandtschaftsrat Karl Werner Dankwort von der deutschen Gesandtschaft in Bern: «Ein verfrühter Rücktritt wäre gegen meine Überzeugung, wenn auch die Lehrtätigkeit hier mühsam ist für mich. Die Besorgnis, dass man mich, wie die linke Presse fordert, absetzen könnte, habe ich nicht.»<sup>5</sup>

Da der betroffene Dozent bald auch von der bürgerlichen Presse unter Beschuss geriet, liess sich der Fall nicht mehr bagatellisieren. Freytag trat aus Rücksicht auf seine akademische Stelle von seinem Amt als Kreisleiter

---

<sup>3</sup> Vgl. Tréfás, *Deutsche Professoren in der Schweiz*. S. 103–128.

<sup>4</sup> Vgl. Regierungsrat des Kantons Bern, *Hochschulgeschichte Berns*, S. 84–87.

<sup>5</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin (PA/AA), Gesandtschaft Bern (Bern 1482), *Deutsche Professoren in der Schweiz. Generelle und spezielle Vorgänge*, Bd. 4. Brief Freytags an Dankwort vom 24. 7. 1933.

zurück; dies vermochte die bereits erhitzten Gemüter jedoch nicht mehr zu beruhigen. Die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb in ihrer Ausgabe vom 20. September 1933:

Die Öffentlichkeit fragt sich erstaunt: wie kann ein Mann, der sich zu einer prononciert undemokratischen, imperialistisch-kriegerischen, intoleranten, die Freiheit des Geistes und der Gesinnung unterdrückenden Partei bekennt, Lehrer für Pädagogik und Philosophie an einer höchsten Bildungsanstalt unseres Landes sein? Kein Zweifel – so heisst es rechts und links – dieser Mann treibt entweder offene oder verkappte nationalsozialistische Propaganda unter der «Elite unserer Jugend» und unterhöhlt damit die geistigen und politischen Fundamente unserer Nation. Er muss von seinem Lehramt entfernt werden.<sup>6</sup>

Die *Neue Zürcher Zeitung* war allerdings der Ansicht, dass man dieses einmütige Urteil der Öffentlichkeit nicht so unbedenklich finden könne, wenn man die tatsächlichen Verhältnisse an der Universität näher kenne. Dort sei nämlich nichts von dieser Polemik zu spüren, zumal Freytag seine Vorlesungen in einem nüchternen und wissenschaftlichen Ton halte, ohne polemisch oder politisch zu werden. Die Zeitung war der Ansicht, dass die politische Einstellung Freytags sich in seiner Lehrtätigkeit nicht widerspiegeln würde, sondern sich auf den privaten Bereich beschränke. Aus diesem Grunde gelangte die *Neue Zürcher Zeitung* zum Schluss: «Nicht von Prof. Freytag droht Gefahr für die Demokratie, sondern von einer ungebührlichen Aufbauschung seines vielmehr ungeschickten als prinzipiell bedenklichen Falles ausserhalb der Hochschule.»<sup>7</sup> Die *Neue Zürcher Zeitung* stellte sich also anfänglich noch hinter die Universität, die keinen Handlungsbedarf erkennen wollte.

In der Öffentlichkeit erachtete man jedoch Freytags Arbeit für die Partei als eine Verletzung des liberalen Geistes, da sich ein Pädagogiklehrer einer freien Hochschule zu einem Parteiprogramm bekannte, das dem demokratischen und liberalen Gedankengut den Kampf ansagte.<sup>8</sup> Besonders stossend

<sup>6</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. 9. 1933, Nr. 1712.

<sup>7</sup> *Neue Zürcher Zeitung* vom 20. 9. 1933, Nr. 1712.

<sup>8</sup> Kurt Humbel, Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, 1931–1939. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalte, Methoden und Wirkungen der deutschen Pro-

empfang man dabei die Tatsache, dass Freytag unter anderem für die Ausbildung der Volksschul- und Gymnasiallehrer zuständig war und sich das nationalsozialistische Gedankengut so indirekt auch auf die Schüler ausbreiten könnte.<sup>9</sup> Gegenüber einem deutschen Studenten jüdischen Glaubens hatte sich Freytag offen zum Nationalsozialismus bekannt. 1924 warf ein sich zurückgestellt fühlender Privatdozent Freytag vor, er übe gegenüber den Studenten «*geistigen Terror*» aus.<sup>10</sup>

Im Herbst 1933 reichte die Sozialdemokratische Partei des Kantons Zürich eine an die Zürcher Regierung gerichtete Interpellation über die Angelegenheit Willy Freitag ein. In diesem Schreiben wird nachgefragt, ob die Regierung Kenntnis habe von der tiefgreifenden Missstimmung in weiten Bevölkerungskreisen gegen Willy Freitag, ordentlicher Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Zürich, der die Leitung der Landesgruppe Schweiz der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei inne habe. Die Interpellanten, die der Ansicht waren, dass schon die blossе Zugehörigkeit zur NSDAP mit einer Professur an der Universität Zürich unvereinbar sei, stellten abschliessend die Frage, ob der Regierungsrat bereit sei, «... aus den erwähnten Gründen und im Hinblick auf den gegenüber dem Schweizer Professor Bluntschli ausgeübten Zwang zur Einstellung der Vorlesungen an der Universität Frankfurt am Main Dr. W. Freytag den Rücktritt als Professor an der Universität Zürich nahezu legen.»<sup>11</sup>

Der Regierungsrat versuchte, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Professor Freytag sei seit 22 Jahren an der Hochschule tätig und habe sich Verdienste erworben; aus diesem Grunde könne man ihn nicht von einem Tag auf den andern entlassen.<sup>12</sup> Weiter meinte der Regierungsrat, dass Freytag sein politisches Amt niedergelegt habe und Untersuchungen gezeigt hätten, dass Freytag die «*wissenschaftliche Objektivität*» in seinen Vorlesungen und

---

paganda gegenüber Auslanddeutschen und Deutschschweizern sowie behördliche Abwehrmassnahmen, Bern 1976, S. 49.

<sup>9</sup> Vgl. Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 51.

<sup>10</sup> Ebd., S. 51.

<sup>11</sup> *Tages-Anzeiger* vom 26. 9. 1933, Nr. 226.

<sup>12</sup> Ebd.

Übungen niemals verletzt habe.<sup>13</sup> Ein ausreichender Grund, Freytag innerhalb der Amtsperiode, die übrigens im Frühjahr 1934 ablaufe, zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen, sei nicht vorhanden.<sup>14</sup> Man habe Freytag jedoch auf die Problematik seiner Mitgliedschaft in der NSDAP aufmerksam gemacht. Erhebe man aber den allgemeinen Anspruch, die schweizerischen Lehranstalten zu «säubern», so müsse man auch in den Gymnasien und Volksschulen Umschau halten. Der Regierungsrat warnte jedoch vor den Konsequenzen, die solche «Säuberungsaktionen» auf die in Deutschland tätigen Schweizer Hochschullehrer haben könnten.<sup>15</sup>

Regierungsrat Oskar Wettstein wehrte sich gegen die Behauptung, dass an der Universität eine Überfremdung stattfinde. Von den 89 ordentlichen und ausserordentlichen Professoren seien nur 16 Ausländer (elf Deutsche, drei Österreicher, ein Russe und ein Franzose). Von den 90 Privatdozenten waren gar 84 Schweizer (vier Deutsche, ein Österreicher, ein Tscheche).<sup>16</sup>

Obwohl der Zürcher Regierungsrat von einer sofortigen Entlassung Freytags nichts wissen wollte, liess man den deutschen Dozenten nicht im Ungewissen darüber, dass man auf eine Wiederwahl, die aufgrund der sechsjährigen Amtszeit im Frühjahr 1934 fällig sei, verzichten wolle. Freytag, der zu diesem Zeitpunkt 60 Jahre alt wurde, beantragte daraufhin seine frühzeiti-

---

13 Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 51.

14 *Tages-Anzeiger* vom 26.9.1933, Nr. 226.

15 Ebd.

16 Ebd. An anderen Universitäten sahen die Zahlen ähnlich aus. In der Schweiz lehrten von 1933–1939 an sieben Universitäten (Basel, Zürich, Bern, Genève, Lausanne, Fribourg und Neuchâtel; exkl. Polytechnikum) im Schnitt 1106 ordentliche und ausserordentliche Professoren sowie Privatdozenten. Durchschnittlich 167 davon waren Ausländer (= 15%). (Angaben aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz, Jahrgänge: 1933–1939). Von diesen ausländischen Dozenten hatte an deutschschweizerischen Universitäten eine grosse Mehrheit die deutsche Staatsangehörigkeit. (Vgl. dazu u.a. Die Dozenten der bernischen Hochschule, Bern 1984 (= Ergänzungsband zu: Hochschulgeschichte Berns 1528–1984), S. 225–226.) An der Universität Fribourg beispielsweise lag der Anteil deutscher Hochschullehrer im Jahre 1938/39 ähnlich wie in Zürich bei 13%. (Vgl. Urs Altermatt, Christina Späti, Die zweisprachige Universität Freiburg. Geschichte, Konzepte und Umsetzung der Zweisprachigkeit 1889–2006, Fribourg 2009, S. 103.)

ge Entlassung.<sup>17</sup> Diese wurde Freytag denn auch gewährt. Um Freytag den Abgang nicht unnötig schwer zu machen, erhielt er das volle, aufgerundete Ruhegehalt.<sup>18</sup> Auch die deutsche Seite wollte Freytag nach seinem Engagement für die Partei nicht im Stich lassen. Generalkonsul Joachim Windel schrieb am 2. Oktober 1933 an die deutsche Gesandtschaft nach Bern:

Professor Freytag ist somit lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP die weitere Ausübung seines Lehramtes in der Schweiz unmöglich geworden. Diese Tatsache sowie die grossen Verdienste, die er sich um die Landesgruppe Schweiz der NSDAP und um den Zusammenhalt der Reichsdeutschen in der Schweiz erworben hat, lassen es m.E. dringend erwünscht erscheinen, dass Prof. Freytag, trotzdem er bereits 60 Jahre alt ist, sobald als möglich seine Lehrtätigkeit an einer deutschen Universität ermöglicht würde.<sup>19</sup>

Während sich die Zürcher Behörden gegenüber Freytag grosszügig zeigten, gab es in der Öffentlichkeit Kritik. Das Erziehungsdepartement des Kantons Zürich hatte aufgrund des Schreibens des deutschen Generalkonsulates Kenntnis darüber erhalten, dass Freytag «wertvolle Arbeit» geleistet habe, dies beispielsweise bei der «Ausräumung»<sup>20</sup> der deutschen Kolonie von «Elementen», die sich den neuen politischen Verhältnissen nicht hätten anpassen wollen!<sup>21</sup> In einem Abschiedsbrief vom 6. Januar 1934 an den Rektor der Universität unterstrich Freytag nochmals seinen Glauben an die nationalsozialistische Weltauffassung, in der er «die Rettung unserer Zukunft» sehe.<sup>22</sup>

Den politisch aktiven Universitätsdozenten aus Deutschland drohte auch an anderen Schweizer Universitäten Ungemach. Am 25. Juli 1935

17 PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Generalkonsul Windel an das Auswärtige Amt am 2. 10. 1933.

18 Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 52.

19 PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Generalkonsul Windel an das Auswärtige Amt am 2. 10. 1933.

20 Ausdruck von Generalkonsul Joachim Windel.

21 Staatsarchiv Zürich, U 157.10, Aktennotiz von Fritz Fleiner zuhanden der Erziehungsdirektion.

22 Freytag zit. nach: Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 52.



schrieb Gesandtschaftsrat Karl Werner Dankwort von der deutschen Gesandtschaft:

Am 25. d. M. besuchte mich der Stützpunktleiter in Freiburg, Professor [Hubert] Erhard. Er setzte mir auseinander, dass seine Stellung an der Universität Freiburg infolge der konzentrierten Angriffe von ultramontaner Seite immer unhaltbarer werde. Die ganze Situation bedeute für ihn eine derartige Nervenanspannung, dass er womöglich im Herbst dieses Jahres seinen Freiburger Posten aufgeben müsse, wenn nicht besondere Dinge zu seinen Gunsten einträten. Die unterirdischen Angriffe seien darauf gerichtet, ihm das Vertrauen seiner Studenten zu entziehen.<sup>23</sup>

Erhard wollte sich direkt mit dem Erziehungsrat des Kantons Freiburg in Verbindung setzen; Dankwort war jedoch der Ansicht, dass es besser wäre, wenn schweizerische Freunde, so etwa der ehemalige Rektor Henri de Diesbach, sich für Erhards Belange einsetzen würden.

Hubert Erhard war bereits 1929 in die Kritik geraten; sowohl unter den Studenten als auch bei einigen Kollegen und im Hochschulrat war man der Ansicht, Erhards Lehre entspreche nicht dem Geist einer katholischen Universität. Man warf Erhard zuerst vereinzelt, dann aber immer häufiger vor, er sei ein Anhänger der Deszendenztheorie und huldige einem biologischen Materialismus, verteidige die Sterilisationsgesetze des nationalsozialistischen Unrechtsregimes und sei mit seinen antisemitischen und rassistischen Äusserungen «*durch und durch Nazi*».<sup>24</sup> Obwohl Erhard, wie er selber gegenüber der Bundesanwaltschaft betonte, zu Beginn des Monats Februar 1936, also wenige Tage vor der Ermordung Wilhelm Gustloffs, des Landesgruppenleiters des NSDAP in der Schweiz, als Stützpunktleiter zurückgetreten sei, blieb er weiterhin im Fokus der Beobachtung. Grund dafür waren eine nationalsozialistisch gefärbte Rede vom 18. Januar 1934 in Freiburg i. Ü. sowie angeblich eine Rede vor deutschen Studenten im nationalsozialistischen Übungslager in Überlingen im Sommer 1935. Am 18. Februar 1936 beschloss der Bundesrat, Erhard eine Verwarnung zugehen zu lassen, «... avec menace d'expulsion, si, contre toute attente, l'intéressé se livrait encore à une activité

<sup>23</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Vermerk von Dankwort vom 25.7.1935.

<sup>24</sup> Ruffieux, Universität Freiburg, S. 301.

politique». Ausdrücklich wurde dabei betont, dass «... le simple fait d'être membre du parti NSDAP n'est pas considéré comme une activité politique»<sup>25</sup>. Rechtfertigungsversuche Erhards bei der Bundesanwaltschaft im März scheinen erfolglos geblieben zu sein.<sup>26</sup> In einem Bericht vom 20. August 1936 schrieb Gesandtschaftsrat Karl Werner Dankwort nach Berlin:

Die Schwierigkeiten, denen Professor Erhard an der Universität Freiburg / Schweiz begegnet, gehen auf die feindselige Einstellung gewisser recht einflussreicher ultramontaner Kreise gegen seine Person zurück. In den letzten zwei Jahren nahm diese Gelegenheit an Schärfe zu, da Professor Erhard als zeitweiliger Stützpunktleiter der NSDAP und Berater der Deutschen Studentenschaft in der Schweiz in der Öffentlichkeit mehr als bisher genannt wurde. Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt zu Beginn des Jahres, als der Bundesanwaltschaft ein Protokoll über den Verlauf des Überlinger Schulungslagers der Deutschen Studentenschaft im Sommer 1935 in die Hände fiel. Aus diesem Protokoll schien hervorzugehen, dass sich Professor Erhard an den damaligen Diskussionen eingehend beteiligt und abfällige Äusserungen über die Schweiz getan haben sollte. Aufgrund dieser Unterlagen erteilte ihm der Bundesrat eine offizielle Verwarnung, die von der deutschfeindlichen Presse in gehässiger Form ausgewertet wurde.<sup>27</sup>

Der Bericht hält des Weiteren fest, dass sich die Lage inzwischen entspannt habe, da es Erhard gelungen sei, in einem Gespräch mit der Bundesanwaltschaft die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen aus dem Weg zu räumen. Auch habe er den Nachweis erbringen können, dass seine angebliche Teilnahme am Schulungslager auf einem Missverständnis beruhe.<sup>28</sup>

Erhard, der nunmehr glaubte, dass die Angelegenheit somit bereinigt sei, musste jedoch bald erkennen, dass die Vorwürfe an ihn sich längerfristig nicht aus der Welt schaffen liessen, sodass seine Situation in Freiburg zuneh-

---

<sup>25</sup> Ebd., S. 301

<sup>26</sup> Ebd., S. 301

<sup>27</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz. Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Schreiben von Gesandtschaftsrat Dankwort an das AA. vom 20. 8. 1936.

<sup>28</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz. Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Schreiben von Gesandtschaftsrat Dankwort an das AA. vom 20. 8. 1936.

mend schwieriger wurde. Er reichte 1937 seine Demission ein und verliess die Schweiz.<sup>29</sup>

Der Widerstand gegen Universitätsprofessoren, die sich zugunsten der NSDAP betätigten, wurde auch an anderen Schweizer Universitäten immer stärker. In einem Kreisschreiben vom 16. Juli 1935 hielt der Regierungsrat des Kantons Bern fest:

Die Bekleidung leitender Stellen um die Übernahme politischer Anträge in ausländischen politischen Organisationen und in politischen Organisationen von Ausländern in der Schweiz ist mit der Tätigkeit als staatlicher Beamter oder Angestellter nicht vereinbar. Staatliche Beamte dürfen auch nicht in ein besonderes Treueverhältnis zu fremden Staaten oder fremden, dem Staate ähnlichen politischen Organisationen treten.<sup>30</sup>

Ins Visier der Berner Behörden geriet Walter Porzig, Professor für Indogermanistik. Da die Presse kritische Kommentare über die Tätigkeit Wilhelm Porzigs zugunsten der NSDAP veröffentlichte, forderte die Berner Regierung, dass Porzig seine Stellung als Leiter der Ortsgruppe der NSDAP in Bern aufgeben müsse. Porzig weigerte sich jedoch, auf diese Forderung einzugehen und schrieb dem Berner Regierungsrat in einem Brief:

Ich bin stolz darauf, den Eid auf den Führer haben leisten zu dürfen. Als Erster und sicherlich Einziger um Entbindung von diesem Eid nachzusuchen, wäre eine Demütigung für die mich die Ehre, an der bernischen Hochschule Professor zu sein, so sehr ich sie zu schätzen weiss, niemals entschädigen könnte.<sup>31</sup>

Mit dieser Haltung Porzigs erwies sich die Entlassung als unvermeidlich. Das *Berner Tagblatt* schrieb am 19. August 1935 zum Entscheid der Berner Regierung, Porzig zu entlassen:

---

<sup>29</sup> Staatsarchiv des Kantons Freiburg (Dossier H. Erhard).

<sup>30</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz. Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4.

<sup>31</sup> Porzig zitiert im *Berner Tagblatt* vom 14.8.1935. Nr. 267 sowie PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4, Brief von Prof. Porzig an den Regierungsrat des Kantons Bern vom 15.8.1935.

Sowohl die Regierung, wie auch Professor Porzig haben eine charaktvolle und überzeugende Haltung eingenommen, da sich eine Einigung ehrlicherweise nicht erzielen liess, zog man eine saubere Trennung vor. Der bernische Staat konnte die parteiamtliche Tätigkeit von Professor Porzig nicht dulden, dieser wiederum konnte und wollte die Treue zu seinem Lande und Führer nicht brechen. So bedauerlich es ist, dass unsere Hochschule einen allseitig geschätzten Dozenten verliert, so verständlich ist es auf der andern Seite, dass der bernische Staat von seinen Dienern eine «Dienstauffassung» erwarten darf, die durch keine ausserstaatlichen Bindungen beschränkt wird.<sup>32</sup>

Die deutsche Seite wollte sich mit der Entlassung Porzigs aber nicht so einfach geschlagen geben, zumal die Entfernung unliebsamer Dozenten auch an anderen Schweizer Universitäten Schule zu machen drohte. Der deutsche Gesandte in der Schweiz, Ernst von Weizsäcker, schrieb in einem Bericht vom 23. August über die Entlassung von Porzig nach Berlin:

Die freisinnige und die sozialistische Presse haben von der Entscheidung des Bernischen Regierungsrats mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Der Kanton Basel-Stadt ist in diesen Tagen dazu übergegangen, nach dem Muster der Bernischen Regierung eine gleiche Unvereinbarkeitsverordnung für Beamte und Angestellte des Kantons Basel-Stadt zu erlassen.<sup>33</sup>

Um der ganzen Entwicklung Einhalt zu gebieten, beschloss der deutsche Gesandte, aktiv gegen den Entscheid des Berner Regierungsrates vorzugehen. Weizsäcker schrieb: «Da das oben erwähnte Kreisschreiben des Bernischen Regierungsrats gewisse Unklarheiten über die Abgrenzung der verordneten Unvereinbarkeit enthält, werde ich alsbald Gelegenheit nehmen, diese Frage mit den zuständigen eidgenössischen Behörden zu besprechen.»<sup>34</sup> Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin, Bernhard von Bülow, begrüsst die Absicht der deutschen Gesandtschaft, gegen die Entlassung Porzigs vorzugehen. Staatssekretär Bülow schrieb am 28. August an die Gesandtschaft in Bern:

---

<sup>32</sup> *Berner Tagblatt* vom 19. 8. 1935, Nr. 267.

<sup>33</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Bericht Weizsäckers an das Auswärtige Amt vom 23. 8. 1935.

<sup>34</sup> Ebd.

Ich bitte, dortige Regierung unverzüglich auf die Unhaltbarkeit des Kreisschreibens aufmerksam zu machen und sofortiges Eingreifen der Bundesregierung zu beantragen. Wir können nicht zulassen, dass deutsche Professoren lediglich wegen Zugehörigkeit zu oder Beteiligung für NSDAP oder wegen besonderen Treueverhältnisses zum Deutschen Reiche aus ihren dortigen Stellungen entfernt werden, wenn nicht jeder Professoren-Austausch zwischen Deutschland [und der] Schweiz unmöglich gemacht werden soll, was übrigens auch schweizerische Interessen stark berühren dürfte.<sup>35</sup>

Bülow bestritt seinerseits, dass es sich bei der NSDAP um eine politische Organisation handle, die parteipolitischen Charakter im alten Sinne des Wortes trage.

Wenige Tage später sprach Weizsäcker beim Bundesrat in Bern vor. In einem Bericht nach Berlin legte er seine Sicht der Dinge dar, wie er sie gegenüber der Schweizer Regierung vertreten hatte:

Was den Eid angehe, so liege in diesem eine Verpflichtung, wie sie wohl über kurz oder lang jeder Reichsdeutsche überhaupt auf sich nehmen werde. Eide z. B. auf den deutschen obersten Kriegsherrn seien auch schon früher von deutschen Professoren an schweizerischen Universitäten abgelegt worden. Der jetzt beanstandete Eid könne doch eigentlich erst dann zu irgendwelchen Bedenken Anlass geben, wenn unter Hinweis auf diesen Eid an die Eidesleister deutsche Anforderungen gestellt würden, welche mit den natürlichen und gesetzlichen Verpflichtungen im Gastland, der Schweiz, kollidierten. Dieses aber wiederum zu befürchten, liege kein Anlass vor. Die Übernahme und Ausübung leitender Tätigkeit bei den Ortsgruppen usw. der NSDAP involviere gleichfalls nichts, woran die Schweiz Anstoss nehmen könne. Die NSDAP sei nun einmal die massgebende Bewegung in Deutschland. Aus ihr gebildete Gruppen im Ausland wären nicht anders zu betrachten als schweizerische Vereine irgendwelcher Art in Deutschland. Niemand denke bei uns daran, einem schweizerischen Professor an einer deutschen Universität die etwaige Vorstandstätigkeit in einem schweizerischen Verein zu verübeln.<sup>36</sup>

Weizsäcker, der die Parteiarbeit deutscher Professoren verharmloste, bezichtigte die schweizerischen Behörden der willkürlichen Aufstellung von Regeln,

---

<sup>35</sup> Ebd.

<sup>36</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern, Deutsche Professoren in der Schweiz, Band 1, Dok. ohne Signatur, Weizsäcker an das A.A. vom 31. 8. 1935, S. 1–2.

die von deutscher Seite nicht akzeptiert werden könnten. Eine solche Willkür würde Auswirkungen auf die schweizerischen Professoren in Deutschland haben, fügte er drohend hinzu. Bundesrat Philipp Etter zeigte sich von dieser Drohung wenig beeindruckt. Er beanstandete nicht die Zugehörigkeit Porzigs zur NSDAP an sich, er war jedoch der Ansicht, dass eine leitende Tätigkeit von Hochschullehrern innerhalb der NSDAP bedenklich sei, zumal diesen Professoren die Erziehung der schweizerischen Jugend anvertraut werde.<sup>37</sup>

Die Sozialdemokraten waren mit der Entlassung Walter Porzigs noch nicht zufrieden, denn es gab an der Universität Bern noch weitere deutsche Dozenten, die sich parteipolitisch zugunsten der NSDAP betätigten, so unter anderem Wilhelm Michaelis, Professor an der Theologischen Fakultät. Im Zusammenhang mit der Entlassung von Porzig aus dem Staatsdienst schrieb die Zeitung *Die Nation* am 9. August 1935:

Als Schriftleiter des genannten Nachrichtenblattes [Nachrichten der Deutschen Kolonie in Bern, Anm. des Autors], das sich so eifrig um die Interessen des Nationalsozialismus auf Schweizerboden bemüht, zeichnet Dr. Wilhelm Michaelis, ebenfalls Professor an der Hochschule Bern. Auch Herr Prof. Michaelis sollte sich gelegentlich darüber klar werden, ob er als beamteter Universitätslehrer loyal einem demokratischen Staate dienen oder den Wanderstab ergreifen und in das Land seiner politischen Sehnsucht ziehen will.<sup>38</sup>

Auch innerhalb der bernischen Behörden gab es Widerstand gegen Michaelis Parteiarbeit. Am 26. Oktober schrieb Michaelis an Gesandtschaftsrat Dankwort einen Brief, in dem der Hochschullehrer Bezug auf ein Gespräch mit Regierungsrat Hugo Dürrenmatt nahm. Der Regierungsrat habe ihm in diesem Gespräch offen zugegeben, dass es in der Unterrichtsdirektion Leute gäbe, die ihn, Michaelis, weghaben wollten. Dürrenmatt habe ihm dabei Tipps gegeben, aus welcher Ecke die Angriffe erfolgten und wie er diesen begegnen könne.<sup>39</sup> Michaelis schrieb am 26. Oktober 1935 an Dankwort:

---

<sup>37</sup> Ebd., S. 4–5.

<sup>38</sup> *Die Nation* vom 9. 8. 1935, Nr. 31.

<sup>39</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz. Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Brief von Prof. Michaelis an Gesandtschaftsrat Dankwort vom 26. 10. 1935.

Konservative Kreise haben meine Berufung nach Bern durchgesetzt, die gleichen Kreise sind an meinem Bleiben interessiert. Der politische Freisinn dagegen, die freisinnig-demokratische Partei, ist mit dem theologischen Freisinn, der sog. Reform, aufs engste verschwistert, [...]. Die Reform hat meinen Nachfolger schon im Hintergrund, und sie versucht nun, auf dem Weg über eine politische Verfemung meiner Person und meine Nichtwiederwahl für sich einen Platz in der Fakultät zu erobern. [...] Dass meine Nicht-Wiederwahl droht, wird richtig gesehen sein. Ich habe den Herren [Regierungsrat Hugo Dürrenmatt und Prof. Max Haller] gesagt, dass ich doch, selbst wenn ich von der Leitung der Kolonie zurücktreten würde, keine Garantie hätte, dass ich wiedergewählt würde, und dass ich auch nach erfolgter Wiederwahl nicht sicher sei, dass nicht ein neues Kesseltreiben einsetze. Sie mussten mir das zugeben, betonten nur, dass ein starker Beweis meiner loyalen Haltung gegenüber der bernischen Regierung, wie sie ein Entgegenkommen in dieser Frage dartun würde, doch geeignet sei, den Dingen eine andere Wendung zu geben. Sie mögen damit Recht haben.<sup>40</sup>

Ernst von Weizsäcker wollte verhindern, dass Michaelis wegen seines nationalsozialistischen Bekenntnisses seine Stelle verlor. Aus diesem Grund sprach er beim verantwortlichen Berner Regierungsrat vor. Über sein Gespräch berichtete der Gesandte nach Berlin:

Herr Rudolf bestritt nicht, dass bei derartigen Auffassungen [...] eine weitere Entfremdung zwischen den Universitäten beider Länder entstehen müsse. Die Berner Unterrichtsverwaltung müsse aber an diesen Auffassungen festhalten. Deutschland unterbaue mit allen Mitteln den Nationalsozialismus, dasselbe tue die Schweiz auch mit ihrer Demokratie. Ich führte ins Feld, wie unter solchen Bedingungen guter deutscher Nachwuchs für die schweizerischen Lehrstühle künftig ausbleiben, der Bestand schweizerischer Professoren in Deutschland dann auch abbröckeln müsste. Das alles schien Herrn Rudolf ein notwendiges Übel zu sein. Herr Rudolf deutete dann noch die politischen Zusammenhänge in der Regierung des Kantons Bern an. Er leitete daraus ab, dass er Berufungen betont nationalsozialistisch deutscher Gelehrter, vielleicht sogar überhaupt deutscher Gelehrter an die Berner Universität bis auf weiteres wohl nicht mehr durchsetzen könnte.<sup>41</sup>

<sup>40</sup> Ebd.

<sup>41</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Bericht des Gesandten Ernst von Weizsäckers an das AA. vom 4. 11. 1935.

Der Gesandte zog aufgrund des Gesprächs mit Regierungsrat Rudolf die Schlussfolgerung, dass die Schweiz die kulturellen Unterschiede zwischen ihr und Deutschland grundsätzlich bedaure, deutsche Gegenmassnahmen und Verschärfungen jedoch kühl beantworten würde. Deshalb erachte er es als ratsam, die gegenwärtige Situation nicht noch zusätzlich eskalieren zu lassen. In seinem Bericht vom 6. November an das Auswärtige Amt hielt der Gesandte denn auch fest:

Die Bemühungen, die bernische Unterrichtsdirektion mit Hilfe der eidgenössischen Behörden oder durch direkte Einwirkung von diesem Standpunkt abzubringen, müssen im Augenblick als nutzlos angesehen werden. [...] Vom Standpunkt der Gesandtschaft aus schiene es mir nützlicher, wenn die deutschen Professoren in der Schweiz angewiesen würden, auf ihren Lehrstühlen solange wie immer möglich auszuharren. Das würde bedeuten, dass die Landesgruppenleitung diejenigen Parteigenossen, die schweizerische Beamte sind, anweisen würde, auf die Beibehaltung öffentlicher Ämter in der Deutschtumsarbeit in denjenigen schweizerischen Kantonen zu verzichten, die an dieser Tätigkeit Anstoss nehmen. So bedauerlich die Zurückziehung solcher Kräfte aus der Führung in der Deutschtumsarbeit für uns sein muss, so scheint mir eine solche Weisung zur Zeit doch das einzige Mittel zu sein, die kulturell wichtigen Aussenposten deutscher Lehrstühle im Ausland zu halten und eine weitere Rückwanderung, wie in den Fällen Professor Freytag (Zürich) und Professor Porzig (Bern) zu vermeiden.<sup>42</sup>

Da an deutschen Universitäten nicht genügend Plätze für junge Professoren vorhanden waren, wurden die Schweizer Lehrstühle, an denen sie sich profilieren konnten, als «Warteschlaufe» für eine geeignete Stellenbesetzung in Deutschland aufgefasst. Damit die deutschen Studenten und Professoren im Ausland sich nicht allzu fest vom nationalsozialistischen Gedankengut entfernten, sollten deutsche Studenten die politische Gesinnung von Dozenten und Kommilitonen überwachen.<sup>43</sup>

Auf schweizerischer Seite war man auf die Existenz deutscher Lehrstühle für Schweizer Professoren weniger stark angewiesen. Politische Hinterge-

---

<sup>42</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern. Deutsche Professoren in der Schweiz, Band 1, Dok. ohne Signatur, Weizsäcker an das A.A. vom 6. 11. 1935, S. 4–5.

<sup>43</sup> Catherine Arber, Frontismus und Nationalsozialismus in der Stadt Bern. Viel Lärm, aber wenig Erfolg, in: Berner Zeitschrift, 1 (2003), S. 2–62, hier: S. 47.



danken verfolgte man bei der Förderung akademischer Karrieren vonseiten des Bundes nicht.

Am 21. Dezember kam es aufgrund der drohenden Entlassung von Michaelis im Auswärtigen Amt in Berlin zu einer Aussprache unter Beteiligung des Reichserziehungsministeriums sowie der Auslandsorganisation der NSDAP. Da Michaelis aber bereits seinen Rücktritt als Leiter der deutschen Kolonie in Bern erklärt hatte, erhielt die Diskussion einen grundsätzlichen Charakter. An der Sitzung stellte Herr Oster<sup>44</sup> fest, «... dass, wenn man es auf einen Kampf ankommen lassen wolle, Deutschland sehr viel mehr zu verlieren habe als die Schweiz und dass für wirksame Gegenmassnahmen auf deutscher Seite die Voraussetzungen leider fehlen.»<sup>45</sup>

Durch die Niederlegung seines politischen Amtes und durch den Schutz kirchlich konservativer Kreise war es Michaelis letztlich gelungen, seine Stelle in Bern zu behalten. Weniger Glück hatten Fritz Zetsche, Professor für organische Chemie, und Herbert Jancke, Privatdozent für Psychologie. Zetsche wurde 1936 wegen nationalsozialistischer Amtstätigkeit von den Berner Behörden entlassen, Jancke entging dem gleichen Schicksal durch eine frühzeitige Kündigung.<sup>46</sup>

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im Jahre 1939 führte dazu, dass Berufungen ausländischer und daher auch deutscher Professoren an Schweizer Universitäten deutlich abnahmen. Bei der Besetzung von Lehrstühlen, so zum Beispiel an der Universität Zürich, überwogen nunmehr Hausberufungen. Zwischen 1939 und 1944 wurden in Zürich nur noch Schweizer berücksichtigt, darunter zwei Auslandschweizer, die an den deutschen Universitäten gewirkt hatten. Erst 1944 berief man wieder einen Ausländer, einen finnischen Mathematiker, an die Hochschule. Die Dekanate waren von 1940

---

<sup>44</sup> Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt und Leiter der einberufenen Sitzung.

<sup>45</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 1482), Deutsche Professoren in der Schweiz, Generelle und spezielle Vorgänge, Bd. 4. Aufzeichnung aus dem AA. (Verfasser unbekannt) vom 21. 12. 1935.

<sup>46</sup> Regierungsrat des Kantons Bern, Hochschulgeschichte Berns, S. 85. Vgl. dazu auch: Armida Luciana Totti, Die Universität Bern 1930–1940. Unter besonderer Berücksichtigung der philosophisch-historischen Fakultät, (Unveröffentlichte Lizentiatsarbeit der Universität Bern), Bern 1979. S. 95–100.

bis 1942 bis auf eine Ausnahme und von 1942 bis 1946 ausschliesslich mit Schweizern besetzt.<sup>47</sup> Auch an anderen Schweizer Hochschulen sah es ähnlich aus. Die Universität Fribourg stellte bereits seit 1933 keine deutschen Professoren mehr ein.<sup>48</sup>

Durch die Eroberungen Deutschlands in Europa wurde die Situation der nationalsozialistisch gesinnten deutschen Professoren in der Schweiz immer schwieriger. Die Machtausdehnung des Dritten Reiches stärkte bei einem grossen Teil der Schweizer Bevölkerung den Widerstandswillen gegen nationalsozialistisches Gedankengut. Der Grund dafür lag in der zunehmenden Angst vieler Schweizer, ebenfalls Opfer der Expansionspolitik des Dritten Reiches zu werden. Als ersten Schritt einer nationalsozialistischen Eroberungspolitik empfand man die ideologische Unterwanderung der Gesellschaft. Die Vermutung, Deutschland setze eine fünfte Kolonne ein, war in der Bevölkerung weit verbreitet. Aus diesem Grund schaute man denn auch genau auf die Tätigkeiten deutscher Dozenten, zumal diese für die Ausbildung deutscher und schweizerischer Akademiker mitverantwortlich waren. Als im Sommer 1939 der deutsche Musikwissenschaftler Karl Gustav Fellerer seine Professur in Freiburg im Uechtland aufgab und an die Universität Köln wechselte, schrieb Otto Köcher, der deutsche Gesandte in Bern, am 1. August 1939 an das Auswärtige Amt in Berlin:

Die in der Frage über die Nachfolge Professor Fellerers zutage getretenen politischen Spannungen geben ein eindrucksvolles Bild der schwierigen Verhältnisse, unter denen die gesinnungsmässig zum Dritten Reich stehenden deutschen Professoren ausserordentlich zu leiden haben und ihnen eine loyale Zusammenarbeit in Freiburg wohl sehr erschweren. Besonders dringlich wird daher die Frage, ob es diesen Professoren auf die Dauer zugemutet werden kann, in Freiburg zu bleiben, falls es uns nicht gelingt, einen uns genehmen reichsdeutschen Professor an Fellerers Stelle zu bringen.<sup>49</sup>

---

<sup>47</sup> Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 72.

<sup>48</sup> Ruffieux, Universität Freiburg, S. 188.

<sup>49</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 3349), Theaterwesen, Bd. 1, Bericht Köchers vom 1. 8. 1939.

Obwohl der Argwohn in der Bevölkerung gegenüber parteipolitisch aktiven Ausländern während des Krieges zunahm, blieben Entlassungen deutscher Hochschullehrer während der Kriegszeit weitgehend aus.

Gefahr für die von Deutschen besetzten Lehrstühle in der Schweiz drohte nun allerdings von Deutschland selber, da in Berlin die Frage aufgeworfen wurde, ob es nicht sinnvoller wäre, die im Ausland dozierenden deutschen Hochschullehrer zum Kriegsdienst heranzuziehen. Am 27. Juli 1940 schrieb der an der Universität Bern tätige deutsche Germanist Helmut de Boor an den Gesandten Köcher, dass die Abberufung deutscher Professoren für den Kriegsdienst die Gefahr mit sich bringe, dass die bisher von Deutschen besetzten Lehrstühle in der Schweiz verlorengingen. Eine Ausnahme sah de Boor hingegen bei «*unsicheren Kandidaten*». Diese könnte man zu einer Entscheidung zwingen und sie gegebenenfalls ganz absetzen!<sup>50</sup> Auch vonseiten der Konsulate wurde die Bewahrung der Lehrstühle von (nationalsozialistisch gesinnten) Deutschen wichtiger gewertet als der Nutzen der Dozenten und Professoren für den Kriegsdienst.<sup>51</sup>

Helmut de Boor war jahrelang im Dienst der deutschen Gesandtschaft gestanden, indem er die deutsche Vertretung in der Schweiz stets über die politische Gesinnung deutscher Dozenten in der Schweiz unterrichtete. Dank seiner Berichterstattung war es der Gesandtschaft möglich, zu entscheiden, ob man eine Kandidatur eines in der Schweiz tätigen deutschen Professors in Deutschland unterstützen soll oder ob man aus politischen Gründen eine andere Berufung vorzog. Als sich de Boor im Jahre 1942 für eine Professur an der Universität Strassburg bewarb, schrieb Gesandtschaftsrat Sigismund Freiherr von Bibra am 17. September an das Kulturredaktion in Berlin:

Professor de Boor, der über recht gute Beziehungen zu schweizerisch akademischen Kreisen verfügt, hat in der Zeit seines Aufenthaltes in Bern mit der Landesgruppenleitung und der Gesandtschaft enge Fühlung gehalten und sich für Auskunftszwecke immer zur Verfügung gestellt. Ich würde es an sich sehr begrüßen, wenn Professor de Boor einen Ruf an die Universität Strassburg erhielte, vorausgesetzt, dass seine

<sup>50</sup> PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 3299), Professoren und Lektoren. de Boor an Köcher am 27.7.1940.

<sup>51</sup> Vgl. u.a. PA/AA, Gesandtschaft Bern (Bern 3299), Professoren und Lektoren. Bericht des Konsulats St. Gallen an die deutsche Gesandtschaft vom 20. Juni 1940.

Ersetzung durch einen reichsdeutschen Professor sichergestellt werden könnte. Es ist aber mit Sicherheit anzunehmen, dass die Universität Bern bei einem Ausscheiden de Boors den freiwerdenden Lehrstuhl mit einem Schweizer besetzt, welcher der uns nicht genehmen, ausgesprochen schweizerischen Richtung angehört. Ich halte es deshalb im deutschen Interesse für erforderlich, dass Professor de Boor wenigstens während des Krieges in Bern verbleibt.<sup>52</sup>

Helmut de Boor verblieb denn auch weiterhin auf seinem Lehrstuhl in der Schweiz, ohne dabei auf seine politische Tätigkeit zugunsten des Dritten Reiches zu verzichten. De Boor unterliess es nicht, gegen Ende des Krieges auch propagandistisch geprägte Referate in Schweizer Städten abzuhalten. Die Bundesbehörden wussten davon Bescheid und entsandten Beamte in Zivil, die sich de Boors Reden anhörten; doch eine Intervention seitens der Behörden gegen diese Veranstaltungen blieb aus. Erst als die *Berner Tagwacht* von der politischen Ausrichtung de Boors berichtete, wurde es für den deutschen Germanistikprofessor langsam eng. Dennoch konnte sich Helmut de Boor während der gesamten Kriegsdauer in Bern halten.

Mit dem Zusammenbruch des Dritten Reichs endete im Jahre 1945 auch die Propagandaaarbeit deutscher Professoren in der Schweiz. Nach dem Krieg kam es an den schweizerischen Universitäten zu regelrechten politischen Säuberungsaktionen. Nun war nicht mehr so sehr entscheidend, wie stark sich die Dozenten für die nationalsozialistischen Belange eingesetzt hatten, vielmehr genügte die bloße Mitgliedschaft bei der NSDAP, um von den schweizerischen Behörden entlassen zu werden. An der Universität Zürich wurden auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft der Extraordinarius für Physiologische Chemie an der Medizinischen Fakultät, Bonifaz Flaschenträger, und der Ordinarius für Bakteriologie und Serologie der Tierkrankheiten, Leonhard Riedmüller, fristlos entlassen. Beide hatten sich – und das gab den Ausschlag – als Mitglieder der NSDAP mehr oder weniger aktiv in der deutschen Kolonie betätigt.<sup>53</sup> Mit ihrer Entlassung war auch ihr Ruhegehaltsan-

---

52 Bibra zitiert in: Jürg Schoch, In den Hinterzimmern des Kalten Krieges. Die Schweiz und ihr Umgang mit prominenten Ausländern 1935–1960, Zürich 2009, S. 80.

53 Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 80.

spruch entfallen. In Bern traf es kurz darauf Helmut de Boor. Auf Antrag der Bundesanwaltschaft entliess die Berner Regierung de Boor im Jahre 1945.<sup>54</sup>

An der Universität Freiburg wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vier deutsche Dozenten aus dem Staatsdienst entlassen. Am 16. Juni 1945 entzog man dem Kunsthistoriker Heribert Reiners und dem Literaturwissenschaftler Richard Newald die Lehrbewilligung. Man warf ihnen vor, sie hätten das Gastrecht der Schweiz durch ihre Mitgliedschaft bei einer Organisation, die unvereinbar mit der schweizerischen Neutralität sei, verletzt.<sup>55</sup> Dem Pädagogen Josef Spieler war gekündigt worden, weil er öffentlich das nationalsozialistische Erziehungssystem als das beste in Europa angepriesen hatte. Der Histologe Emil Tonutti leitete seit 1942 die Sportgruppe Freiburg und war Arzt bei der Landesjugendführung der Reichsdeutschen Jugend in der Schweiz. Er wurde der Vivisektion an Menschen verdächtigt und ebenfalls kurz nach dem Krieg aus dem Staatsdienst entlassen.<sup>56</sup>

## Fazit

Auch wenn die Entlassung deutscher Professoren mit nationalsozialistischer Gesinnung auf den ersten Blick unspektakulär und für unser heutiges Verständnis als nachvollziehbar erscheint,<sup>57</sup> lohnt es sich dennoch, einen genaueren Blick auf die damalige Sachlage zu werfen. Das Dritte Reich hatte ein offensichtliches Interesse daran, dass auch die im Ausland tätigen reichsdeutschen Professoren einen engen Bezug zum nationalsozialistischen Gedankengut hatten. Die deutsche Gesandtschaft in Bern wollte über die politische Gesinnung der deutschen Dozenten in der Schweiz stets informiert sein. Nicht nur die Hochschullehrer sollten über die politische Einstellung deutscher Studenten wachen, auch die deutschen Studenten wurden angewiesen, ihrerseits auf die politische Ausrichtung deutscher Dozenten zu ach-

---

<sup>54</sup> Totti, *Die Universität Bern*, S. 100–101 sowie Regierungsrat des Kantons Bern, *Hochschulgeschichte Berns*, S. 85.

<sup>55</sup> Ruffieux, *Universität Freiburg*, S. 304.

<sup>56</sup> Ruffieux, *Universität Freiburg*, S. 304.

<sup>57</sup> Vgl. die aggressive Expansionspolitik und die zahlreich begangenen Verbrechen des Nazi-Regimes.

ten. Da viele deutsche Wissenschaftler die Schweiz als Sprungbrett für eine Karriere in ihrem Heimatland nutzten, wollten die deutschen Behörden sichergehen, dass die deutschen Bewerber aus der Schweiz ihren Glauben an den Nationalsozialismus überzeugend vertraten. Die Karrierechancen von Dozenten, die sich nicht zum Nationalsozialismus bekannten, waren denn auch bedeutend geringer als bei denjenigen, die der nationalsozialistischen Ideologie huldigten. Aus diesem Grund ist es nicht erstaunlich, dass einzelne deutsche Professoren neben ihrer Arbeit an der Universität sich auch noch politisch aktiv betätigten.

Die Initiative, deutsche Dozenten mit nationalsozialistischer Gesinnung von Schweizer Universitäten zu entfernen und auszuweisen, kam in vielen Fällen nicht von den Universitätsgremien. Es war der Druck der wachsenden Öffentlichkeit, der die Universitäten beziehungsweise die Kantonsregierungen dazu brachte, die nazistisch gefärbten Dozenten zu entlassen. Die Bevölkerung wiederum wurde meist durch die Presse über die politische Ausrichtung und die Aktivitäten der deutschen Professoren informiert. Mit Ausnahme der Berner Behörden zeigten die Amtsstellen anderer Universitätskantone wenig Initiative, gegen politisch aktive Dozenten aus Deutschland vorzugehen. Auch die Universitätsleitungen selber zeigten erstaunlich wenig Interesse, die politischen Aktivitäten ausländischer Hochschullehrer kritisch zu hinterfragen. Langjährige Dozenten durften anfänglich auf die Rückendeckung der Universitätsleitungen hoffen.

Für die Behörden stellte nicht die Zugehörigkeit der Dozenten zur NSDAP an sich ein Problem dar, sondern die Verpflichtungen, welche die Professoren mit ihrer Mitgliedschaft eingingen. Einzelne Behördenmitglieder befürchteten, dass die Schweizer Jugend durch etwaige propagandistische Äusserungen deutscher Hochschullehrer beeinflusst werden könnte. Einige Dozenten, die in der Schweiz Aufgaben für die Partei übernahmen, hüteten sich allerdings davor, sich in ihrem akademischen Alltag politisch zu äussern. Die nationalsozialistischen Funktionäre wurden von Berlin explizit angewiesen, sich nicht in die Innenpolitik des Gastlandes einzumischen. Die schweizerische Öffentlichkeit störte sich jedoch an der Mitgliedschaft deutscher Professoren in der NSDAP, egal, ob sich die Betroffenen politisch äusserten oder nicht.

Die deutsche Gesandtschaft in Bern unterliess es nicht, bei Entlassungen deutscher Professoren lauthals zu protestieren und die Behördenentscheide

als willkürlich zu brandmarken. Mehrmals sprach die deutsche Gesandtschaft beim Bundesrat und den Erziehungsdirektoren vor. Mit Drohungen, Schweizer Professoren in Deutschland ebenfalls zu entlassen, versuchte man die Schweizer Behörden einzuschüchtern, dies allerdings mit wenig Erfolg, da die Schweizer Akademiker weniger auf deutsche Hochschulstellen angewiesen waren als die Deutschen auf schweizerische Lehrstühle. Auch wenn die angedrohten Repressalien nicht die erwünschte Wirkung hatten, so liessen sich einzelne Behördenmitglieder von den Epressungsversuchen dennoch beeindrucken, indem sie sich zu einer nachsichtigen Haltung bequemten.

Die deutsche Gesandtschaft wies die deutschen Dozenten in kritischen Fällen an, die Tätigkeit für die NSDASP *zeitweilig* auszusetzen. Es war für Weizsäcker letztlich wichtiger, die Lehrstühle mit deutschen Dozenten besetzt zu halten, als dass ihre Hochschullehrer Ämter in der Partei innehatten. Eine Weisung, dass deutsche Dozenten allgemein auf politische Ämter verzichten sollten, gab es jedoch vonseiten der Reichsregierung nicht. Die Ämter wurden von ihren Inhabern erst dann aufgegeben, wenn deren Tätigkeit in der Öffentlichkeit kritisiert wurde.

Die schweizerischen Behörden zeigten grosse Nachsicht gegenüber der Tatsache, dass sich deutsche Dozenten und Studenten gegenseitig bespitzelten.

Einzelne Professoren, wie zum Beispiel Walter Porzig, waren eher bereit, ihren Lehrstuhl aufzugeben, als die Parteiarbeit zu beenden. Sie nahmen ihre Entlassung bewusst in Kauf. Diejenigen Professoren, die sich einer Entlassung entziehen konnten, verfügten meist über gute Netzwerke innerhalb der Universität.

Gerne hätte es die deutsche Gesandtschaft gesehen, wenn sie sich bei den Berufungen von Professoren an Schweizer Universitäten hätten einmischen können, allein die Versuche hierzu erwiesen sich – schon bloss aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung – nicht als Erfolg versprechend.

Die geschilderten Fälle dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es in der Schweiz auch zahlreiche deutsche Professoren gab, die dem Dritten Reich kritisch gegenüberstanden und auch nicht Parteimitglied waren. Viele dieser Dozenten wagten jedoch nicht, gegen das Dritte Reich öffentlich Stellung zu nehmen. Man befürchtete, bei der deutschen Gesandt-

schaft denunziert zu werden.<sup>58</sup> Die Folge davon waren behördliche Schikanen, etwa bei der Verlängerung eines Passes oder der Ausstellung eines Visums. Vielen Deutschen war hinlänglich bekannt, dass sich die deutsche Gesandtschaft für die politische Einstellung der in der Schweiz lebenden Landsleute interessierte. Daher hatte man keine Lust, in den Fokus der eigenen Gesandtschaft zu geraten.

Während des Krieges kam es zu keinen weiteren öffentlichen Auseinandersetzungen um parteipolitisch aktive deutsche Dozenten mehr.<sup>59</sup> Die schweizerischen Behörden waren offensichtlich darum bemüht, Konfrontationen mit deutschen Amtsstellen zu vermeiden. Auch die Presse übte sich, wohl auf Druck der Behörden hin, in Zurückhaltung. Indem man keine weiteren ausländische Dozenten mehr einstellte, wollte man künftige Probleme mit den Nachbarstaaten minimieren.<sup>60</sup> Es ist kritisch anzufügen, dass neben politisch aktiven deutschen Dozenten auch jüdische Professoren von behördlichen Massnahmen negativ betroffen waren. So wurde beispielsweise in Zürich von 1933–1944, abgesehen von Ernennungen zu Titularprofessoren, keine Beförderung von «Nichtariern» mehr vollzogen. 1933 waren alle jüdischen Bewerbungen für eine Anstellung an der Universität Zürich abschlägig behandelt worden.<sup>61</sup>

Diejenigen deutschen Dozenten, die bereits vor 1933 im Amt waren und sich parteipolitisch nicht aktiv betätigten, wurden von den eidgenössischen und kantonalen Behörden grundsätzlich in Ruhe gelassen. Erst nach dem Krieg kam es an Schweizer Universitäten zu regelrechten Abrechnungen. Deutsche Professoren mit Parteibuch, welche lange Jahre akzeptiert worden waren, wurden nun innerhalb kurzer Zeit entlassen und ausgewiesen. Die verschärfte Gangart gegenüber den nationalsozialistisch gesinnten Dozenten lag im Geist des Ende Dezember 1945 herausgegebenen *Berichts des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen*

---

58 Vgl. Ruffieux, Universität Freiburg, S. 302.

59 Vgl. hierzu u. a. Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 52.

60 Auch aufgrund des Krieges im Ausland erwies sich eine Rekrutierung ausländischer Dozenten zunehmen schwierig.

61 Rektorat der Universität Zürich, Die Universität Zürich, S. 53. Nach 1933 wurde die Praxis ein wenig gelockert.



1939–1945. Er war die Antwort auf die Motion des Basler Nationalrats Ernst Boerlin, die zu neuen Erkenntnissen hinsichtlich der Wühlarbeit der Nationalsozialisten in der Schweiz und daher unter anderem zur Ausweisung nationalsozialistischer Funktionäre wie die des um Asyl bittenden Gesandten Otto Köcher führte.<sup>62</sup> Nahmen die Behörden in den Jahren von 1933 bis 1945 noch keinen Anstoss an der blossen Mitgliedschaft deutscher Dozenten bei der NSDAP, so änderte sich dies nach 1945 drastisch. Es zeugte nicht von grossem Mut der Behörden, erst nach dem Krieg, als die Gefahr vom Dritten Reich her gebannt war, die Nationalsozialisten des Landes zu verweisen. In nicht wenigen Fällen hatten schweizerische Behördenvertreter während des Krieges gute Kontakte zu Repräsentanten des Nazi-Regimes gepflegt. Halten wir jedoch fest, dass die politischen Umtriebe der Nationalsozialisten in der breiten Öffentlichkeit, die sich durch eine wachsame Presse sensibilisiert zeigte, sowohl vor als auch während des Krieges auf Ablehnung stiessen.

Stephan Schwarz, Schlüsselstrasse 27, 5222 Umiken/AG, schwarz.stephan@bluewin.ch

---

<sup>62</sup> Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die antidemokratische Tätigkeit von Schweizern und Ausländern im Zusammenhang mit dem Kriegsgeschehen 1939–1945 (Motion Boerlin), Erster Teil, 28. Dezember 1945, Bundesblatt 1946, Bd. 1, S. 1–143.